

Pressedienst



Bürgerinitiative
Stadtring Süd
BISS Berlin

Plesser Str. 3
12435 Berlin

info@stop-a100.de
www.stop-a100.de

06. Januar 2011

Schamfrist abgelaufen – Planfeststellungsbeschluss zur A 100-Verlängerung ergangen

Wie die Senatsverwaltung heute mitteilte, ist „das planungsrechtliche Verfahren für den 16. Bauabschnitt der A100 . nun mit dem Planfeststellungsbeschluss abgeschlossen“. Knapp drei Monate nachdem der rot-rote Kompromiss zur A100 gefasst wurde, ist offenbar die Schamfrist vorbei und die Verkehrsverwaltung holt den Planfeststellungsbeschluss aus der Schublade.

Eigentlich sollte man meinen, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Zeit alle Hände voll zu tun hat, um das S-Bahn-Chaos in den Griff zu bekommen – da gibt es aber nur hilflose Betroffenheitsrhetorik von Frau Junge-Reyer wie: „Ich bin wütend und sehr enttäuscht.“ (Berliner Zeitung 5.1.2011).

Dafür aber ist ihre Verwaltung bei der Planung zur Betonierung des grünen Stadtrands durch die A100-Verlängerung noch schneller als von ihrer Staatssekretärin im November 2010 im Parlament angekündigt. Jetzt soll der Beschluss Ende Januar für zwei Wochen zur Einsicht ausliegen, um dann rechtskräftig zu werden.

Das bedeutet für den BUND Berlin und die von grenzwertüberschreitenden Abgasschwaden betroffenen AnwohnerInnen, dass sie innerhalb einer vierwöchigen Frist gegen diesen Planfeststellungsbeschluss Klage einreichen müssen, um ihr Recht auf gesunde Lebensumstände zu erreichen.

Die Senatsverwaltung hat es offenbar sehr eilig, ihr anachronistisch-autogerechtes Stadtplanungsprojekt durchzusetzen; schon heute gibt es keine klare Mehrheit mehr im Berliner Abgeordnetenhaus zur Autobahnverlängerung, und es ist absehbar, dass nach den Wahlen im Herbst dieses Jahres das Aus für diese Betonpläne kommt.

Nicht nur, dass Steuergelder vom Senat sinnlos verpulvert werden, nein durch die notwendigen Klagen sind auch privat Betroffene, der BUND und die BISS gezwungen, mehrere Tausend Euro für Anwalts- und Gerichtskosten aufzubringen; Geld, das die Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zur Weiterentwicklung alternativer Verkehrsmodelle, den Umweltschutz und die Stadtökologie viel sinnvoller einsetzen könnten.

Ebenfalls ohne Scham wird die A 100 weiterhin als „ein Projekt für ganz Berlin“ propagiert. Dabei wurde einem gewichtigen Teil der vom Autobahnbau betroffenen Bevölkerung die Teilhabe am Verfahren erst gar nicht ermöglicht. Insbesondere die AnwohnerInnen der südöstlichen Innenstadt, genauer des Boxhagener Viertels erfuhren erst durch das Anhörungsverfahren, im November 2009, dass und wie stark sie betroffen sein werden durch die Autobahnverlängerung.. Die zahlreichen Anträge der Betroffenen auf eine erneute Auslegung der Planungsunterlagen wurden jedoch schlichtweg ignoriert Hingegen mutet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ab Januar 2011 den 2.500 Einwendern und ihren Angehörigen zu, in die Senatsverwaltung zu laufen und sich wieder durch Papierberge zu wühlen, um dort gegebenenfalls die Antworten auf ihre Einwendungen zu erfahren. –Herr Wowereit fordert vollmundig eine transparente Verwaltung – hier könnte er beginnen und die vollständigen Unterlagen auch ins Internet stellen lassen. Er muss hier beim Wort genommen werden können – alles andere wäre Betrug am Bürger oder Wahlkampfgetöse.

SPENDENKONTO*
Stichwort »Gegen A100«
Empfänger: BUND Berlin
Konto-Nr.: 32 888 02
Sozialbank Berlin
BLZ 100.205.00

* Spendenaktion erfolgt
in Zusammenarbeit
mit dem BUND Berlin

Frau Junge-Reyer und Herr Wowereit sollten auch beim Wort genommen werden, wenn es um die Absprachen mit ihrem Koalitionspartner Die Linke geht, die besagen, dass bis zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus keine Fakten in Richtung Autobahnbau geschaffen werden dürfen, hinter die eine neue Regierung nicht mehr zurück kann.

Die BISS wird den BUND Berlin und die AnwohnerInnen bei dem Klageverfahren unterstützen. Wir rufen deshalb die Berlinerinnen und Berliner zu Spenden zur Unterstützung der Klage auf. Die BISS wird weiter die scheinbaren Entlastungsargumente durchleuchten und sich gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Bündnispartnern dafür einsetzen, dass auch nach offiziellem Ende des öffentlichem Beteiligungsverfahrens Transparenz und Öffentlichkeit hergestellt werden. Es muss verhindert werden, dass hinter den verschlossenen Türen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mehr als nur „die Ausführungsplanungen und Vergabeunterlagen vorbereitet“ werden.

gez. Birte Rodenberg 0170 7118350

Harald Moritz 0151 56500990